

Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Polen

Lang, Kai-Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lang, K.-O. (2000). *Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Polen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 38/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45225>

Nutzungsbedingungen:

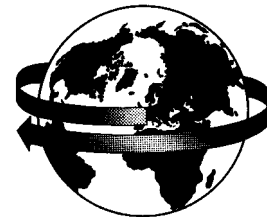
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 38/2000

26. Oktober 2000

Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Polen

Zusammenfassung

Bereits im ersten Wahlgang konnte Amtsinhaber Aleksander Kwaśniewski die dritten demokratischen Präsidentschaftswahlen in Polen für sich entscheiden. Trotz des Einsatzes "harter Bandagen" gelang es Kwaśniewskis selbsternanntem Gegenpart – der Führungsfigur der konservativen Wahlallianz Solidarność (AWS), Marian Krzaklewski – nicht, wenigstens eine Stichwahl zu erzwingen. Auch sein Minimalziel, nämlich den unabhängigen Kandidaten der Mitte, Andrzej Olechowski, hinter sich zu lassen, erreichte Krzaklewski nicht. Der integrative Stil und die gemäßigten Parolen Kwaśniewskis und Olechowskis entsprachen dem Wunsch der meisten Polen nach Stabilität und Harmonie besser als die konfrontative Herangehensweise Krzaklewskis. Während Kwaśniewskis Wiederwahl nach außen Kontinuität verbürgt, haben sein Triumph, der Erfolg Olechowskis und die Niederlage Krzaklewskis spürbare Implikationen für die politische Szene im Land. Während sich die sozialdemokratische Linke weiter konsolidiert, werden konservative Rechte und politische Mitte von schweren Erschütterungen heimgesucht.

Die Endphase des Wahlkampfes

Nach einem eher unlustigen und bis auf die Durchleuchtung der Kandidaten auf ihre Zusammenarbeit mit kommunistischen Geheimdiensten wenig spektakulären Wahlkampf¹ gewann die Auseinandersetzung um das höchste Staatsamt Polens in der Endphase der Wahlkampagne immens an Fahrt. Besonders Marian Krzaklewski, die Führungsfigur der AWS und der designierte Hauptwidersacher des Amtsinhabers Aleksander Kwaśniewski, mußte sich in zunehmendem Maße unwohl fühlen. Am gewaltigen Übergewicht Kwaśniewskis an der demoskopischen Front hatte sich nichts geändert, im zeitgleich ablaufenden Duell Krzaklewskis mit dem unabhängigen "Mann der Mitte", Andrzej Olechowski, lag letzterer unverändert vorne.

Krzaklewskis Wahlkampfexperten verfolgten daher eine Doppelstrategie: Einerseits wollte man ein Positivimage Krzaklewskis als eines integren und wahrheitsliebenden "Familienvaters" und "Vaters der Nation" kreieren, andererseits sollte dem ein dubioser, fragwürdiger Kwaśniewski entgegengestellt werden.² Die Akzentuierung von angeblichen Charakterschwächen Kwaśniewskis ist im wesentlichen mit dessen geschmeidiger und von der Öffentlichkeit goutierten Amtsführung in Verbindung zu

¹ Vgl. Kai-Olaf Lang: Präsidentschaftswahlen in Polen (Teil I und II), Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 35-36/2000.

² Vgl. zur Wahlkampfstrategie Krzaklewskis: Lista przebojów Krzaklewskiego, Rzeczpospolita, 6.10.2000.

bringen: Die Wahlkampfmacher Krzaklewskis waren sich bewußt, daß sie in der inhaltlichen Auseinandersetzung kaum punkten konnten. Daher entschieden sie sich für eine Attacke auf die Person Kwaśniewski. Zur "Wunderwaffe" der avisierten Negativkampagne sollte dabei ein während des TV-Wahlkampfes ausgestrahltes Video avancieren. Auf diesem wurde gezeigt, wie einer der engsten Mitarbeiter des Präsidenten, der Chef des Büros für Nationale Sicherheit, Marek Siwiec, beim Ausstieg aus dem Präsidentenhubschrauber in der mittelpolnischen Stadt Kalisz den Papst parodierte – und dies in Anwesenheit und allem Anschein nach auf Geheiß Kwaśniewskis.

Die "Szene von Kalisz" (der Vorfall selbst lag schon drei Jahre zurück) schlug wie eine Bombe ein. Siwiec' Ankündigung, von seinem Posten zurückzutreten, ließ die Woge der Entrüstung, die durch das ganze Land schwappte, nicht verebben. Aus den Reihen der bis dahin zurückhaltenden katholischen Kirche erklangen harte Worte des Mißfallens. Der angesehene Erzbischof von Lublin, Życiński, forderte Kwaśniewski auf, ebenso wie sein Sicherheitsberater zurückzutreten. Bischof Chrapek, der Organisator der päpstlichen Pilgerreisen nach Polen erklärte, Kwaśniewski schließe sich selbst davon aus, das Amt des Staatspräsidenten zu bekleiden. Der Primas der polnischen Kirche, Kardinal Glemp, vertrat die Auffassung, ein solches Verhalten, zeigten Menschen, "die keinen Glauben haben". Allerdings kam die Nummer Eins der polnischen Kirchenhierarchie nicht zu dem Schluß, Kwaśniewski disqualifiziere sich für die Ausübung des Präsidentenamts.³ In mehreren Kommunen mit AWS-Mehrheit im Gemeinderat wurde Aleksander Kwaśniewski zur *persona non grata* erklärt. Und auch der für die AWS-Strategen wichtigste Effekt der Videoaktion stellte sich umgehend ein: Aleksander Kwaśniewski verlor in den Meinungsumfragen Boden. Unisono wurde vermeldet, daß Kwaśniewski rund 10% an Popularität einbüßte und sich so der kritischen 50%-Marke näherte. Eine zweite Runde war damit erstmals in den Bereich des Möglichen gerückt.

Einen weiteren Impuls erhoffte man sich im Krzaklewski-Lager aus der Übereinkunft mit Jan Olszewski. Der Mitkandidat und Chef der rechts von der AWS stehenden *Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP)* gab eine Woche vor der Abstimmung bekannt, er werde bei den Wahlen nicht antreten, und rief seine Anhänger dazu auf, für Krzaklewski zu stimmen. Zusätzlichen Auftrieb sollte Krzaklewski schließlich eine wenige Tage vor den Wahlen abgehaltene Massendemonstration in Warschau verleihen, in der gegen Kwaśniewskis Veto gegen das von der AWS angestrebte Gesetz über die "allgemeine Eigentumszuteilung" (das im Kern die Privatisierung öffentlicher Wohnungen beinhaltet) Front gemacht wurde. In dieser Frage wurde seitens der AWS bzw. durch das Wahlkampfteam Krzaklewskis auch versucht, die "deutsche Karte" zu spielen. So hieß es, die polnischen Bewohner der ehemaligen deutschen Ostgebiete könnten in Existenznöte geraten, da ihnen ohne die geplante Übereignung ihrer Wohnungen ein diesbezüglicher Eigentumstitel fehle und sie Gefahr liefen, mit Rückgabeforderungen der früheren deutschen Eigentümer konfrontiert zu werden.⁴

Die Ergebnisse

Krzaklewskis Schlußoffensive zeitigte aber letztlich nicht den gewünschten Erfolg. Sie fügte zwar Kwaśniewski Schaden zu, doch Krzaklewski konnte davon nicht entscheidend profitieren. Die Ursachen hierfür liefert ein Blick auf die Struktur von Kwaśniewskis Elektorat. Kwaśniewskis riesiges Wählerpotential, das bis an einen Stimmenanteil von zwei Dritteln heranreichte, läßt sich in zwei große Teillager aufgliedern: Zum einen handelte es sich um die *treuen Wähler der Linken* bzw. der sozialdemokratischen *Demokratischen Linksallianz (SLD)*, zum anderen um eine *volatile Wählerschicht*, die nur locker mit Kwaśniewski sympathisierte. Es waren die zuletztgenannten Wähler, die sich nach der "Kalisz-Affäre" von Kwaśniewski abwandten. Die Angehörigen dieses Wählersegments aber kamen vornehmlich aus der politischen Mitte. Sie sprangen daher nicht von der

³ Vgl. Biskupi komentują, *Życie*, 25.9.2000, Biskupi krytykują prezydenta, *Rzeczpospolita*, 28.9.2000.

⁴ Erst in der Parlamentssitzung, auf der das Veto Kwaśniewskis überstimmt werden sollte, machten Außenminister Bartoszewski und andere Politiker deutlich, daß diese Behauptung politisch wie rechtlich unhaltbar ist. *Koniec mitu, Trybuna*, 14.-15.10.2000.

linken Mitte zum rechten "Anti-Kwaśniewski", also zu Krzaklewski, sondern zum Kandidaten der rechten Mitte, zu Andrzej Olechowski. Zum Tragen kam in dieser Situation auch die weit verbreitete Antipathie gegen Krzaklewski: Für die Wähler, die Kwaśniewski den Rücken kehrten, wurde nun ihre Zweitpräferenz fällig. Von diesen aber hatte Olechowski von Anfang an deutlich mehr als Krzaklewski. Erschwerend kam für Krzaklewski außerdem hinzu, daß sich der Initiative Olszewskis keiner der vielen anderen "rechten" Kandidaten anschloß und sich zugunsten Krzaklewskis zurückzog. Krzaklewski wurde daher nie zu einem dynamischen Gravitationszentrum jenseits von Kwaśniewski. So brachte der Wahlabend für Polens Rechte ein ernüchterndes Ergebnis (Tab.1).

Tab.1: Ergebnisse der polnischen Präsidentschaftswahlen vom 8. Oktober 2000⁵

Kandidat	Stimmenanteil	Stimmen absolut
Aleksander Kwaśniewski	53,90%	9.485.224
Andrzej Olechowski	17,30%	3.044.141
Marian Krzaklewski	15,57%	2.739.621
Jarosław Kalinowski	5,95%	1.047.949
Andrzej Lepper	3,05%	537.570
Janusz Korwin-Mikke	1,43%	252.499
Lech Wałęsa	1,01%	178.590
Jan Łopuszański	0,79%	139.682
Dariusz Grabowski	0,51%	89.002
Piotr Ikonowicz	0,22%	38.672
Tadeusz Wilecki	0,16%	28.805
Bogdan Pawłowski	0,10%	17.164

Knapp 9,5 Mio. Stimmen verhalfen Aleksander Kwaśniewski zum angestrebten Sieg im ersten Wahlgang. Kwaśniewski war mit einem Stimmenanteil von 53,9% in der Lage, seine Anhängerschaft gegenüber der ersten Runde von 1995 um rund 3,2 Mio. Wähler (oder 18,8%) zu erhöhen. Kwaśniewski reüssierte in allen gesellschaftlichen Schichten, das Profil seiner elektoralen Basis weist in hohem Maße "catch-all"-Eigenschaften auf. Überrepräsentiert sind in Kwaśniewskis Anhängerschaft aber Wähler aus kleinen und mittleren Städten, Wähler im mittleren Alter (40-59 Jahre), Arbeiter und Rentner.⁶ Ähnlich wie 1995 und wie bei den bisherigen Parlamentswahlen bestätigte sich aus Sicht der Linken abermals ein Nordwest-Südost-Gefälle in der politischen Geographie Polens. Die Hochburgen Kwaśniewskis liegen vereinfacht gesagt in den Küstenregionen (mit Ausnahme Danzigs, der Wiege der Solidarność), in den Gegenden entlang der deutsch-polnischen Grenze, generell in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, wo es nach dem Krieg zu einem Bevölkerungsaustausch kam und wo die Landwirtschaft stärker durch ehemalige Produktionsgenossenschaften als durch Privatbetriebe geprägt ist. In diesen Regionen bewegte sich Kwaśniewskis Popularität bei über 60% (sein bestes Ergebnis erzielte er mit 65,8% in der Wojewodschaft Lebus/Lubuskie). Doch selbst in den konservativen Wojewodschaften Galiziens war Kwaśniewski der mit Abstand stärkste Kandidat.

Für Marian Krzaklewski stimmte nicht einmal jeder sechste Wähler. Nur im katholisch-ländlichen äußersten Südosten (Vorkarpaten/Podkarpackie 26,7% und im Nordosten (Podlachien/Podlaskie 22,5%)

⁵ Quelle: www.prezydent.pl/wyniki.html.

⁶ Angaben nach der Umfrage des Meinungsforschungsinstituts PBS, TV Polonia, Wieczór Wyborczy, 8.10.2000.

lag er vor Andrzej Olechowski, der landesweit auf 17,3% der abgegebenen Stimmen kam und Krzaklewski damit auf einen demütigenden dritten Rang verwies. In Krzaklewskis Anhängerschaft waren vor allem ältere Personen, Rentner und Bewohner des ländlichen Raums stark vertreten.

Andrzej Olechowski gelang es, sich geschickt als professioneller und umsichtiger Kandidat der gemäßigten Mitte zu inszenieren. Obwohl er als unabhängiger Kandidat antrat und somit nicht auf den eingespielten Apparat einer politischen Partei zurückgreifen konnte, hielt er seine Popularität und konnte diese am Schluß sogar ausbauen. Anders als vor fünf Jahren, als die Notenbankchefin Hanna Gronkiewicz-Waltz als nichtparteigebundene Kandidatin der Rechten in der Endphase des Wahlkampfes einbrach, konnte sich Olechowski diesem "Effekt des aufgeblähten Ballons" entziehen.⁷ Erfolgreich war er namentlich unter jüngeren Wählern, bei Studenten und Unternehmern sowie in größeren Städten, mithin in den Bastionen der zentristischen *Freiheitsunion (UW)*, die ja keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte.

Jarosław Kalinowski konnte mit seinem Abschneiden nicht zufrieden sein, erzielte er doch mit knapp 6% ein Ergebnis, das noch um mehr als einen Prozentpunkt hinter dem schwachen Resultat seiner Partei bei den Parlamentswahlen lag. Immerhin erreichte er deutlich mehr Wähler als sein Vorgänger als PSL-Chef, Waldemar Pawlak, der 1995 nur 4,3% der Stimmen hinter sich brachte. Unangenehm muß sich für Kalinowski und die PSL vornehmlich der Achtungserfolg von Andrzej Lepper darstellen. Mehr als eine halbe Million vornehmlich ländlich-bäuerlicher Wähler gaben dem Agrarpopulisten ihre Stimme und zeigten, daß die PSL gegenwärtig weit davon entfernt ist, die alleinige bzw. führende politische Kraft des "grünen Polens" zu sein.

Alle anderen Kandidaten blieben erwartungsgemäß chancenlos. Zusammen brachten sie es auf weniger als fünf Prozent der abgegebenen Stimmen. Besonders bitter war der Wahlausgang für Lech Wałęsa. Die Symbolfigur des antikommunistischen Widerstands verstand die Zeichen der Zeit nicht und wurde dafür von den Wählern mit einem Ergebnis von 1,01% erniedrigt. Der von Wałęsa angekündigte Rückzug aus der Politik, hätte schon fünf Jahre früher erfolgen müssen.

Gründe und Hintergründe

Kwaśniewskis überzeugender Wahlsieg, Krzaklewskis Niederlage, Olechowskis überzeugende Vorstellung und der Mißerfolg sämtlicher Politexoten und Populisten, dies sind die wichtigsten Tatbestände, die am 8. Oktober geschaffen wurden. Hinter ihnen steht eine Reihe von Faktoren und Zusammenhängen, die Einblick in die momentanen Konfigurationen und Formen des politischen Konfliktaustrags in Polen gewähren.

- Bereits die Wahlen von 1995, als sich Aleksander Kwaśniewski gegen Lech Wałęsa durchsetzte, brachten den Wunsch der Polen nach Stabilität und Berechenbarkeit, die Ablehnung von politischem Abenteuerertum und Obstruktionismus zum Ausdruck. Hierzu gehört auch die Zurückweisung eines konfrontativen und antagonisierenden Politikstils sowie die Sehnsucht nach Harmonie und Gemeinsinn. Kwaśniewski stellte sich wie schon vor fünf Jahren als Integrationsfigur dar (sein Wahlslogan lautete vor fünf Jahren: "Eine gemeinsames Polen", jetzt warb er mit der Parole: "Polen – ein Zuhause für alle"). Die von seinen Gegnern als "passive" Amtsführung kritisierte Politik der Zurückhaltung wurde von den Wählern als besonnene und auf Ausgleich orientierte Haltung geschätzt.
- Die Polarisierung entlang der Achse Antikommunismus–Exkommunismus hat erwartungsgemäß an Wirkungsmacht verloren. Als Indikator hierfür kann der bescheidene Erfolg der Kandidaten herangezogen werden, die diesen Konflikt akzentuierten: Krzaklewski, Wałęsa, Grabowski. Dagegen haben insgesamt fünf von sechs Wählern für Kandidaten gestimmt, die diese Trennungslinie als obsolet einschätzten – so viele wie noch nie zuvor.

⁷ Obywatel bez zaplecza, Rzeczpospolita, 6.10.2000.

- Der Mißerfolg radikaler Kandidaten wird besonders augenfällig im Zusammenhang mit der Frage der polnischen EU-Mitgliedschaft. Umfragen zufolge gibt es gegenwärtig in Polen ein Potential von etwa einem Viertel Gegner eines Beitritts zur EU.⁸ Der wichtigste Exponent einer antieuropäischen Linie, Jan Łopuszański, konnte aber nicht einmal 1% der Stimmen erreichen. Allein der Agrarpopulist und radikale Volkstribun Andrzej Lepper konnte einen sichtbaren, aber letztlich geringen Teil der ländlichen Protestwähler auf sich vereinigen. Da sich das Reservoir der EU-Befürworter quantitativ mit dem der Kwaśniewski-Anhängerschaft deckt, wurde in der linken Tageszeitung *Trybuna* sogar die These formuliert, bei den Wahlen habe es sich um eine Art Europareferendum gehandelt, in dem sich die Polen für den Kandidaten entschieden, der eine eindeutig proeuropäische Position einnimmt und der eine kompetente Lösung dieses Problems verspricht.⁹ Allerdings muß dieser weitgehenden Interpretation mit Vorsicht begegnet werden. Richtigerweise wurde nämlich auch darauf hingewiesen, daß Kwaśniewski gerade dadurch, daß er abseits des Reformprozesses stand, an Beliebtheit gewann.¹⁰
- Es zeigte sich, daß auch in Polen Wahlen in der Mitte entschieden werden. Während Kwaśniewski es verstand, seiner linken Kernwählerschaft noch ein Segment aus zentristischen und gemäßigten Rechtswählern hinzuzufügen (immerhin ein Achtel der AWS-Wähler von 1997 und ein Viertel der UW-Anhänger wandten sich Kwaśniewski zu), war es für Krzaklewski eine der Hauptursachen für seine Niederlage, daß er die Wähler der moderaten Rechten im wesentlichen Olechowski überlassen mußte. Der letztlich gelungene Versuch, den rechten Rand des Elektors an sich zu binden (Krzaklewski und nicht Łopuszański hatte z.B. die Unterstützung des katholischen Rundfunksenders *Radio Maryja*), ließ Krzaklewski zu weit nach rechts driften.
- Paradoxerweise ergab sich parallel zum "Drang zur Mitte" auch ein Linksruck, genauer gesagt: eine Tendenz, gegen die Rechte zu stimmen. Diese ist die Folge der eklatanten Schwäche der AWS bzw. der Regierung Buzek, die sich an der Implementation von vier Strukturreformen und an internen Auseinandersetzungen verschlissen hat. Jan-Maria Rokita, der Vorsitzende der AWS-Signatarin *SKL (Konservative Volkspartei)*, hatte vor den Wahlen erklärt, die Kandidatur Krzaklewskis sei eine "gesellschaftliche Vertrauensfrage" hinsichtlich der Politik der AWS.¹¹ Kwaśniewskis Wahlerfolg und Krzaklewskis Niederlage dokumentieren, daß die AWS und die Regierung Buzek diese Vertrauensfrage verloren haben.

Auswirkungen und Ausblick

Der Wahlsieg Kwaśniewskis verheißt in erster Linie Kontinuität. "Die Ziele ändern sich nicht", erklärte Kwaśniewski unmittelbar nach den Wahlen. Zu diesen Prioritäten gehören nach Kwaśniewskis eigenem Bekunden die Eingliederung Polens in die EU, dann die Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums, "das Auffinden von Wachstumsreserven jenseits der einfachen Reserven" und die Verbesserung des Bildungswesens.¹² Vor allem außen- und sicherheitspolitisch darf davon ausgegangen werden, daß Kwaśniewski für die Fortsetzung der bisherigen Grundlinien bürgt. Und dies sind: die Verankerung in der NATO, die Kooperation mit den Nachbarn, die Koordination mit Frankreich und Deutschland, die Festigung der "strategischen Partnerschaft" mit der Ukraine und auch die regionale Zusammenarbeit im östlichen Mitteleuropa und im Ostseeraum.

Das Großvorhaben schlechthin wird aber die Frage der polnischen EU-Mitgliedschaft sein. Wie sich Kwaśniewski in den damit verbundenen Anpassungs- und Reformprozeß einschaltet, wird nicht unwesentlich davon abhängen, welche politische Option in den nächsten Jahren in Parlament und Regierung

⁸ Eine Umfrage von Anfang September kommt zu den Werten: 55% für einen EU-Beitritt, 26% dagegen, 19% unentschieden, Kto chce do Unii Europejskiej, *Trybuna*, 14.-15.10.2000.

⁹ Adam F. Wojciechowski: Vox populi, *Trybuna*, 16.10.2000.

¹⁰ So die Soziologin Lena Kolarska-Bobińska, *Tęsknoty, nadzieje i obawy*, *Rzeczpospolita*, 9.10.2000.

¹¹ Kwaśniewski według sondaży ma ponad 50%, *PAP*, 5.10.2000, <http://wybory.pap.com.pl>.

¹² Zostawcie to mnie, Interview mit Aleksander Kwaśniewski, *Polityka*, Nr. 42, 14.10.2000.

den Ton angeben wird, wer also die im nächsten Jahr fälligen Parlamentswahlen gewinnen wird. Die Präsidentschaftswahlen scheinen dabei eine nicht unwesentliche Rolle zu spielen.

Schwer ins Wanken geraten ist die AWS. Ihr Chef Krzaklewski, dessen Macht sich auf die von ihm geführte Gewerkschaft *Solidarność* stützt, kam nach dem Wahldebakel unter Beschuß von den nach mehr Mitsprachemöglichkeiten begehrenden AWS-Mitgliedsparteien *SKL*, *ZChN* (*Christlich-Nationale Vereinigung*) und *PPChD* (*Allianz Polnischer Christdemokraten*). Ende Oktober balancierte die AWS am Rande des Zerfalls: Durch die Einführung eines rotierenden Vorsitzes im Landesrat, dem formal höchsten Entscheidungsgremium der AWS, sollte eine Reform des Wahlbündnisses ermöglicht werden. Die von Krzaklewski und dem Gewerkschaftsblock in der AWS als Gegenleistung geforderte rasche Umgestaltung der Allianz in eine einheitliche Partei wurde aber von den drei unzufriedenen Parteien verworfen. Ein Auseinanderbrechen der AWS würde eigentlich der Interessenlage sowohl der Wahlaktion als auch der Einzelparteien widersprechen. Denn das Bündnis braucht einstweilen die Parteien – primär um den anstehenden Haushalt zu verabschieden. Die schwachen Parteien wiederum brauchen die AWS, da sie einzeln segelnd keine Chance hätten, wieder ins Parlament zu gelangen.

Ungewiß ist auch, was in der politischen Mitte geschehen wird. Die Freiheitsunion ist nach wie vor verunsichert. Ihr Auszug aus der Regierung Buzek hat sich demoskopisch nicht gelohnt, der Stuhl von Parteichef Balcerowicz wackelt. Während die Partei ein ambivalentes Verhältnis zur Kandidatur Olechowskis hatte, stimmten ihre Sympathisanten mit übergroßer Mehrheit für den technokratischen Pragmatiker. Olechowski selbst wiederum ist fest entschlossen, seinen Wahlerfolg zu diskontieren, wenn er auch lange Zeit nicht genau wußte wie. Zunächst wurde von der Gründung einer neuen politischen Formation, des *Neuen Centrums*, gesprochen. Dann wandte sich Olechowski mit dem Vorschlag an die Freiheitsunion und die SKL, zusammen mit seinen Wahlkomitees eine Allianz der rechten Mitte zu gründen. Bislang haben alle Angesprochenen zwar ein gewisses Interesse bekundet, mehrheitlich warten sie aber noch ab. Olechowski entschied sich letztlich für die Gründung einer Vereinigung mit dem Namen "Bürger für die Republik", zog also die Schaffung einer lockeren Gruppierung der Etablierung einer Partei vor.

Vor diesem Hintergrund hat von den Präsidentschaftswahlen vornehmlich die Linke profitiert, die in den Meinungsumfragen als eindeutig stärkste Partei mit bis zu 40% Unterstützung rangiert. Die SLD möchte auf der Welle des Kwaśniewski-Triumphs mitschwimmen und von ihr zum Wahlsieg in den Parlamentswahlen getragen werden. Daher ist die SLD auch an der raschen Abhaltung vorgezogener Neuwahlen interessiert. Scharfe Angriffe auf die Regierung sollen dazu dienen, die Akzeptanz der SLD auch in den kommenden Monaten auf hohem Niveau zu halten. Unmittelbar nach den Wahlen vereinbarten die SLD und die kleine sozialdemokratische Arbeitsunion (UP) ein Kooperationsabkommen für die nächsten Wahlen. Damit soll gewährleistet werden, daß die Stimmen der ständig an der 5%-Hürde liegenden UP für die Linke nicht verlorengehen.

Insgesamt ergeben sich somit zwei konträre Tendenzen: Die ohnehin starke Linke konsolidiert sich, während die Rechte und die Mitte von schweren Schlägen heimgesucht werden, wobei noch nicht feststeht, ob diese Turbulenzen in einer Restrukturierung mit der Chance auf Restabilisierung münden oder ob sie zu Fragmentierung, Destruktion und der Wiederholung des 1993er Syndroms einer aufgesplitterten rechts-konservativen Parteienlandschaft führen. Vieles deutet im Herbst 2000 also darauf hin, daß Polen abermals einer Phase der linken Vorherrschaft entgegensteuert – ab 2001 könnte wie zwischen 1995 und 1997 ein linker Präsident mit einer linken Parlamentsmehrheit kooperieren.

Kai-Olaf Lang

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071